

# Amer Tageblatt

Druckungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Die Verlagsanstalt „Amer“ für Anzeigen aus dem Erzgebirge, 24. Jahrgang, 1. März 1929, Nr. 51. Preis: 1 Reichsmark, einschließlich Porto.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990.

Nr. 51

Freitag, den 1. März 1929

24. Jahrgang

### Koalitionsbesprechungen beim Reichskanzler

Auch der Mittwoch hat wieder keine wesentliche Förderung des Koalitionsproblems gebracht. Wohl hat die angeforderte Besprechung des Reichskanzlers mit Dr. Stresemann und Dr. Scholz stattgefunden, in der die völksparteilichen Führer den Standpunkt vertraten, daß die Volkspartei bereit sei, sich an eine Regierung der Großen Koalition fraktionsmäßig zu binden, wenn ihren sachlichen Forderungen, d. h. vor allem in finanziellen Fragen, Rechnung getragen würde. Der Kanzler hat von dem Inhalt dieser Besprechungen den Zentrumsführern Kaas und Stegerwald Mitteilung gemacht, ohne daß sich aus dieser Besprechung irgendwelche Folgerungen ergeben hätten.

Für heute, Donnerstag, ist nun eine gemeinsame Besprechung aller für die Große Koalition in Frage kommender Parteien beim Kanzler vorgesehen, doch beurteilt man in gut unterrichteten politischen Kreisen die Aussichten für diese Verhandlungen nicht eben sonderlich günstig, da die Meinungsverschiedenheiten allzu groß sind. Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß immer wieder von der Notwendigkeit einer Initiative des Reichskanzlers gesprochen wird.

Es mehren sich nach dem Eintritt der Abenddämmerung im Reichstag die Stimmen, daß Reichskanzler Müller sich in das Palais des Reichspräsidenten begeben möge, um ihn zu bitten, drei Reichsminister zu ernennen, die dem Zentrum angehören. Ist die Große Koalition formell wieder hergestellt, stift sie auf dem Pferde, dann wird sie schon reiten können. So nimmt man wenigstens an. Es steht außer Frage, daß starke Kräfte am Werke sind, um den Reichskanzler zu veranlassen, in dieser Weise eine vorläufige Lösung der Krise herbeizuführen.

### Zu dem Kampf um das System gegen das germanische Erbübel

Die Kommunisten werden im allgemeinen nicht mehr ernst genommen und die nationalsozialistischen Arbeiterpartei glaubt man mit Recht jetzt noch nicht ernst nehmen zu müssen. Anders ist es um die Deutschen nationalen bestellt, die unter Eugenbergs Führung den schärfsten Kampf eröffnen, um das parlamentarische System in deutschen Völkern zu Fall zu bringen. Symptomatisch hierfür will uns scheinen, daß Geheimrat Quast, einer der persönlichen Adjutanten Eugenbergs, dieser Tage auf dem Volkstheater Parität der Württembergischen Deutschnationalen für das Jahr 1929 die Diktatur im Deutschen Reich voraussetzt und einen völligen Zusammenbruch des parlamentarischen Systems, das die Deutschnationalen künftighin rücksichtslos bekämpfen werden. Nach Quast ist die Zeit gekommen, um dem parlamentarischen System den Todesstoß zu versetzen. Die Folgen derartiger Auslassungen für unsere deutsche Wirtschaft und unsern Kredit im Ausland können unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur als verheerend charakterisiert werden.

Umso erfreulicher ist die Rede Dr. Stresemanns vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am Dienstagvormittag. Stresemann sprach hier formell als Parteiführer, wer sich aber die Mühe gibt, seine Rede gründlich zur Kenntnis zu nehmen, wird unsere Auffassung teilen, daß hier kein selbstsüchtiger Parteimann, sondern ein weitblickender Staatsmann sprach, der nicht nur seiner Partei, sondern allen Parteien und ihren Führern den ganzen Ernst der Stunde, die schwere Verantwortung, die auf ihnen ruht, und die Pflichten, die sie zu erfüllen haben, scharf zum Bewußtsein brachte. Daß er gebietet ihm nicht Kritik und Kleinliche Vorwürfe, sondern der Dank aller Vaterlandsfreunde, in welchem parteipolitischen Lager sie auch immer liegen mögen. Sollten die Ermahnungen Dr. Stresemanns wie die Stimme eines Rufenden in der Wüste verhallen, dann wird es Zeit, daß der Reichspräsident von Hindenburg ein entscheidendes Machtwort spricht.

An den Massen des Volkes aber liegt es, in diesen Krisenzeiten nicht an sich selbst und seiner bisherigen Überzeugung irre zu werden. Wir brauchen eine Vereinfachung unseres Parteiwesens. Sie herbeizuführen, ist fraglos an erster Stelle die Pflicht der seitherigen Führer. Wir wehren uns dagegen, daß es so bleiben muß, wie es schon bei den alten Germanen war und wie es dann durch die Jahrhunderte hindurch bis auf uns herab geblieben ist, daß nämlich die deutschen Parteien und Führer sich gerade in den Notzeiten unseres Volkes am schärfsten bekämpfen und dadurch dem Vaterlande unheilbaren Schaden zufügen.

### Chinas Austritt aus dem Völkerbund beantragt

Im Verlauf einer Sitzung des politischen Zentralrats in Peking beantragte der Außenminister Sunfo, daß China aus dem Völkerbund austritt. Der Zentralrat beschloß, die Frage dem nächsten Parteitag der Nationalistischen Partei zur Entscheidung zu unterbreiten.

### Die Pariser Verhandlungen

Ein englischer Versuchsballon

Nach dem Abschluß der allgemeinen Aussprache befand sich die Pariser Reparationskonferenz eingehend mit dem Transferproblem. Bei diesem Anlaß kam man auf die Idee, die deutsche Jahreszahlung in zwei Teile zu zerlegen, nämlich in einen transferfreien und in einen transfergeschuldeten Betrag. Im Anschluß daran wurde das Problem der deutschen Sachlieferungen untersucht. Aus diesem Tatbestand zog der Pariser Sonderberichterstatter der Londoner „Times“ den naheliegenden Schluß, daß die deutsche Jahreszahlung wahrscheinlich in drei Teile zerlegt wird.

Die englische Vermutung steht bei näherer Betrachtung also aus: die deutschen Jahreszahlungen, die von Jahr zu Jahr verschieden groß sein können, setzen sich aus drei Teilen zusammen. Ein Betrag besteht aus einer in Gold zu bezahlenden und genau festgelegten Summe, die von dem Deutschen Reich zu bezahlen ist, wie immer auch die Wirtschaftslage des Reiches aussehen mag. Für sie erhält jedoch das Deutsche Reich den Anspruch auf ein zweijähriges Moratorium, ähnlich wie dieser Anspruch in dem interalliierten Schuldenabkommen mit Amerika für Großbritannien und Frankreich vorgesehen ist. Ein zweiter Betrag soll wie bisher der Transferkontrolle unterworfen bleiben, in seiner Höhe aber wechseln und von dem Wirtschaftslage des Deutschen Reiches abhängig sein. Der dritte und letzte Teil des Gesamtbetrages sollte dann aus Sachlieferungen bestehen. Man weiß, daß die Deutschen Sachleistungen im verflochtenen Jahre 700 Millionen RM erreichten und rechnet damit, daß sie auf Grund der abgeschlossenen Sachverträge in diesem Jahre auf nahezu eine Milliarde RM steigen werden.

Die deutschen Jahreszahlungen würden nach der Auffassung der „Times“ sich auf etwa 2 Milliarden RM belaufen, jedoch erhöht werden, wenn die Handelsbilanz des Deutschen Reiches sich aktiv gestaltet. Privatisiert und kommerzialisiert könnte natürlich nur der Teil der gesamten Jahressumme werden, der transferfrei ist. Für ihn sollen Bonds ausgegeben werden, die von einer internationalen Abwehrschaft verwaltet würden, die gleichzeitig das Recht erhielte, das Deutsche Reich zur Ausgabe dieser Bonds aufzufordern.

Dr. Schacht, der deutsche Verhandlungsführer, hat zum großen Kummer der Engländer bis jetzt äußerst vorsichtig taktiert und es vornehmlich unterlassen, irgend eine Zahl zu nennen, die für das Deutsche Reich als feste Jahreszahlung in Betracht kommt. Unbedeutend sollte er gelegentlich einmal von 800 Millionen Mark gesprochen haben, doch würden seine Kollegen auf der Reparationskonferenz diese Summe ernstlich überhaupt nicht in Betracht ziehen. Der Sonderberichterstatter der Londoner „Times“ klopfte auf den Busch. Er zeigte sich,

wie aus seinen bisherigen Berichten hervorgeht, nicht in jedem Falle besonders gut unterrichtet. In diesem Falle sagt uns ein politisches Fingerzeigegebild, daß er einen Versuchsballon steigen läßt, wohl nicht ohne Anregung von interessierter Seite, um Dr. Schacht aus dem Busch herauszuloden oder wie die Berliner zu sagen pflegen, mit einer Banane aus dem Urwald herauszuloden. Dies dürfte ihm schwerlich gelingen.

Die Reparationskommission in Paris selbst verzichtet gegenwärtig auf Vollkationen und begnügt sich mit Beratungen in zwei Ausschüssen, dem Kommerzialisierungsausschuß und dem Sachlieferungsausschuß. Dem ersteren gehört von der deutschen Vertretung Dr. Melchior und dem letzteren Dr. Böglert an. Die Besprechungen des Sachlieferungsausschusses stehen in keinem Zusammenhang mit der Dreiteilung der deutschen Jahreszahlungen, von der die Londoner „Times“ erzählen. Sie befinden sich auch nicht in unmittelbarer Verbindung mit der Hauptfrage des Transfereschuldes. Wohl aber sind sie zurückzuführen auf die gegenwärtigen Interessen der Engländer und Franzosen. Den Engländern wäre es am liebsten, wenn die Sachleistungen, besonders die Kohlenlieferungen, möglichst völlig eingestellt würden. Zu dem Zweck hat die englische Presse in der letzten Zeit einen Feldzug gegen die deutschen Kohlenlieferungen eröffnet, der hinsichtlich seines Zweckes an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Die Stellung der Franzosen zum Sachlieferungsproblem ist wesentlich anders. Die Franzosen erhalten auf Grund des Dawesplans gegenwärtig 2,25 Milliarden Franken in bar, 2,3 Milliarden Franken als Sachleistungen, die unmittelbare Subventionen bedeuten und weitere 3 Milliarden Franken Sachleistungen für produktive Zwecke, die aber dem Staatsbudget keinerlei Einnahmen bringen. Nun tragen die französischen Verpflichtungen an England und die Vereinigten Staaten auf Grund der getroffenen Vereinbarungen so, daß in absehbarer Zeit Frankreich an England und Amerika etwa 8 Milliarden Franken zu entrichten hat, während es aus den deutschen Jahreszahlungen für seinen Staatshaushalt nur 4,85 Milliarden Franken bezieht. Es hat daher ein lebhaftes Interesse daran, daß die sogenannten nicht zahlenden Sachleistungen in zahlende Sachleistungen verwandelt werden, wenigstens zur Hälfte, jedoch sie dem Budget zugute kommen. Zur Vereinfachung der englisch-französischen Beziehungen ist jetzt der Sachlieferungsausschuß eingesetzt worden, dessen Arbeit von der französischen Regierung mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt wird.

### Der Zwingherr

Verbotene Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stand die Zentrums-Interpellation über den Bau von drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz. Reichsverkehrsminister Dr. Schäkel führte dazu u. a. aus: Die Reichsregierung ist sich mit dem Reichstag einig über das Bedürfnis des Baues der drei Eisenbahnbrücken von Mannheim, Speyer und Mainz. Sie hat bereits seit zwei Jahren die erforderlichen Mittel in den Haushalt eingesetzt und den Bestimmungen des Rheinlandabkommens entsprechend, die erforderlichen Erlöse an die Rheinlandkommission gerichtet, die die Angelegenheit an die Reichsregierung weitergegeben hat. Seitdem ist von der Reichsregierung keine Gelegenheit veräußert worden, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, damit diese das Rheinland schwer bedrückende, unausschiebbare Aufgabe mit allen Mitteln gefördert wird. Die Unfälle, namentlich Eisenbahnunfälle, die sich aus der weiteren Hinausschiebung des Baues der Brücken ergeben dürften, müssen der Befugungsbehörde zur Last fallen.

### Die Minderheitenfrage für England ohne Bedeutung

Chamberlains Genfer Rede in Frage gestellt

Reuter erfährt: Angesichts der Unpäßlichkeit Sir Austen Chamberlains, der infolge einer Erklärung an sein Zimmer gefesselt ist, ist zurzeit nicht sicher, ob er am nächsten Sonnabend nach Genf reisen wird, um an der Zusammenkunft des Völkerbundesrates teilzunehmen, wie er es ursprünglich geplant hatte. Die Tagesordnung der Ratstagung enthalte keine Punkte von besonderer Bedeutung, und die Hauptfrage, die zur Erörterung stehe, sei die der Minderheiten. Auch Press-Association bestätigt, daß erklärt wurde, es sei zurzeit unmöglich, zu sagen, ob Chamberlain wohl genug sein werde, London zum Besuch der Ratstagung zu verlassen. Es sei hinzugefügt worden, es seien keine Vorkehrungen getroffen worden, damit ein anderer Minister anstelle Chamberlains geht, wenn er tatsächlich unpaßlich sein wird.

### Ost-Europa

Schieberei an der polnisch-litauischen Grenze

Einer Meldung des „Dziennik Wlenski“ zufolge kam es am letzten Sonntag in einem an der polnisch-litauischen Grenze gelegenen Walde zu einer Schieberei zwischen einer polnischen und einer litauischen Streikwache. Die polnische Streikwache soll nämlich versucht haben, litauische Bauern, die auf polnischem Gebiet Holz fällten, daran zu hindern und, als die Bauern sich mit ihren Ketten zur Wehr setzten, diese zu entwandern. Hierbei habe die litauische Streikwache zugunsten der litauischen Bauern eingegriffen. Nach längerer Schieberei hätte sich dann die Patrouille unter Zurücklassung eines Toten auf litauisches Gebiet zurückgezogen.

### Schweres Rodelungslück

In einem der Außenbezirke Frankfurts a. M. fuhr gestern nachmittags an einer abschüssigen Straße ein mit vier Jungen besetzter Rodelschlitten gegen einen eisernen Hochspannungsmaß. Ein neunjähriger Knabe erlitt einen schweren Schädelbruch und war sofort tot, während die übrigen im Alter von 12 bis 13 Jahren stehenden Knaben Beinbrüche und Kopfverletzungen davontrugen. Sie wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

### Noch immer diese Lügen!

Verjährung einer neuerrundenen Kriegsgrenzverleumdung

Der Leiter der französischen Giftgasstelle während des Krieges, Dr. Paul, tritt in der „Liberte“ nachdrücklich gewissen Behauptungen des englischen Arztes Sir Berkeley Mohnikan entgegen, der sich dieser Tage erlaubt hatte, zu versichern, Deutschland habe während des Krieges Giftgaszellen zur Fällung von Giftgas verwendet. Dr. Paul erklärt, daß das unter seiner Leitung stehende Versuchslaboratorium dauernd Giftgas- und Flugzeugbombenplitter der Analyse und Untersuchung unterworfen, aber niemals die geringste Spur von Giftgas entdeckt habe.

### Die Hafnarbeiter kündigen das Lohnabkommen

In Ausführung des Beschlusses einer in Bremen stattgefundenen Hafnarbeiterkonferenz ist nach einer Meldung aus Hamburg das Lohnabkommen der Hafnarbeiter zum 1. März gekündigt worden. Die Forderungen der Hafnarbeiter lauten auf Erhöhung von acht Prozent.